



Demokratische
Juristinnen und Juristen
Zürich

Jahresbericht der DJZ 2018

Mitglieder

Im Jahr 2018 traten 41 Neumitglieder den DJZ bei. 18 Mitglieder traten aus dem Verein aus und 8 Personen wurden wegen Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags ausgeschlossen. Mit Heinz Birchler verstarb leider zudem ein langjähriges DJZ-Mitglied. Per Ende Jahr zählten die DJZ 373 Mitglieder.

Veranstaltungen

Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung am 15. Januar

Im Januar fand die regelmässig von den DJZ zusammen mit dem Zürcher Auditoren und Gerichtsschreiber Verein (ZAG) organisierte Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung statt. Die Veranstaltung bot Anwaltsprüfungskandidatinnen und -kandidaten Gelegenheit, sich bei Mitgliedern der Anwaltsprüfungskommission über Inhalt und Ablauf der Prüfungen zu informieren.

Massnahmenrecht am 17. Januar

Ebenfalls im Januar fand im Restaurant Certo eine Veranstaltung mit dem Titel «Bietet die EMRK Argumente bei strafrechtlichen Massnahmen?» statt. Es referierten die DJZ-Mitglieder MLaw Pascal Ronc und Rechtsanwalt Stephan Bernard. Dabei ging es unter anderem um die Fragen, welches Argumentationspotential die EMRK für die Praxis der Strafverteidigung bei Massnahmen bietet und in wie weit die Rechtsprechung des EGMR auch eine normative Fernwirkung auf das Massnahmenrecht in der Schweiz hat.

Flüchtlingssituation im Mittelmeer am 4. April

Gemeinsam mit der Freiplatzaktion Zürich organisierten die DJZ im April eine Veranstaltung zur Flüchtlingssituation im Mittelmeerraum. Es referierten Beat Schuler, Senior Advisor im Ethics Office des UNHCR und Fabio Zraggen, Pilot bei der Humanitären Piloten Initiative. Während Beat Schuler die Politik der europäischen Akteure in Libyen und in der Subsahara kritisch unter die Lupe nahm, berichtete Fabio Zraggen von den direkten Auswirkungen dieser Politik auf seine alltägliche Arbeit als Rettungspilot im Mittelmeer.

CH - 8000 Zürich
info@djz.ch
www.djz.ch

NSU-Prozess am 13. April

Bereits zum zweiten Mal durften die DJZ Rechtsanwalt Alexander Hoffmann aus Kiel im Volkshaus begrüßen, welcher als Vertreter der Nebenklage im Prozess gegen die ExponentInnen des Nationalsozialistischen Untergrunds berichtete und dessen politische und juristische Auswirkungen aufzeigte.

Jahresversammlung am 24. Mai

Ende Mai fand im Café Boy die DJZ-Jahresversammlung statt, an welcher DJZ-Mitglied Rechtsanwalt Dr. iur. Pierre Heusser nach dem statutarischen Teil ein Referat über die Observationsverordnung der Stadt Zürich hielt, welche die rechtliche Grundlage für die Observation von Sozialhilfebeziehenden bilden sollte. Er zeigte dabei auf, wie dabei elementare Grundrechte von Sozialhilfebeziehenden umgangen werden und Prinzipien wie die Unschuldsvermutung nicht gelten.

Übrigens: Im Dezember hob der Bezirksrat die Observationsverordnung aufgrund eines Rekurses gegen sie auf – nötig sei eine kantonale Gesetzesgrundlage. Der Rekurs wurde von Rechtsanwalt Dr. iur. Pierre Heusser verfasst und von den DJZ, der AL, den Grünen und weiteren Organisationen unterstützt.

Sommerfest am 30. August

Das diesjährige DJZ-Sommerfest fand Ende August während des Theaterspektakels im Restaurant Lido statt. Die wie jedes Jahr zahlreich anwesenden Mitglieder genossen ein sehr gutes Essen und einen entspannten Abend.

Arbeitsrecht am 30. Oktober

Im Café Boy fand Ende Oktober eine Arbeitsrecht-Veranstaltung mit DJZ-Mitglied Rechtsanwalt Christoph Häberli statt, welcher über den Nutzen der Kontrollmechanismen im Entsendebereich und im Inland referierte.

PMT-Massnahmen am 1. November

Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung plant der Bundesrat gesetzliche Verschärfungen in Polizei- und Strafrecht, welche sich im geplanten «Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» (PMT) und im StGB niederschlagen werden.

Soziologe Heiner Busch und DJZ-Mitglied Rechtsanwalt Viktor Györfy zeigten zunächst, was alles im Rahmen des PMT geplant ist und ordneten danach diese Massnahmen politisch ein und zeigten auf, dass es sich hierbei keineswegs um ein ausschliesslich schweizerisches Phänomen handelt.

Hamburger Gitter am 18. November

Gemeinsam mit dem Park-Platz (www.park-platz.org) organisierten die DJZ einen Filmabend, an welchem der Dokumentarfilm «Hamburger Gitter» gezeigt wurde. Dieser Film setzt sich mit dem staatlichen Umgang mit Protesten auseinander und zeigt unter anderem auf, wie während der Gipfeltage in Hamburg Grundrechte systematisch ausser Kraft gesetzt wurden. Zudem geht er der Frage nach, welche dieser polizeilichen Methoden in Zukunft Normalität werden könnten. Vor dem Film hielt Merièm Strupler, Journalistin bei der WOZ, einen Input zu den Geschehnissen in Hamburg.

Vernehmlassungen

Stellungnahme zur Änderung des Straf- und Justizvollzugsgesetzes, eingereicht am 26. März

Gemeinsam mit dem Zürcher Anwaltsverband reichten die DJZ eine Stellungnahme zur Änderung des Straf- und Justizvollzugsgesetzes betreffend Rechtsweg bei der Prüfung der Entlassung aus einer stationären Massnahme oder einer Verwahrung ein.

Dabei wurde es grundsätzlich begrüsst, dass das Verfahren zur Prüfung der Entlassung aus einer stationären Massnahme oder einer Verwahrung EMRK-konform ausgestaltet werden soll. Der Vorschlag der Direktion der Justiz und des Innern (DJI), das verwaltungsinterne Rechtsmittel (Rekurs an die DJI) ersatzlos zu streichen und ein Verwaltungsverfahren mit Möglichkeit der Beschwerde beim Verwaltungsgericht gesetzlich vorzusehen, wurde aber aus einer Vielzahl von Gründen als weder EMRK-konform, noch zielführend oder praktikabel kritisiert und als unsicher bezeichnet.

Stellungnahme zur SHG-Revision, eingereicht am 31. Dezember

Die DJZ beteiligten sich an der Vernehmlassung der Unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht gegen die geplante Totalrevision des Sozialhilfegesetzes des Kantons Zürich. Kritisiert wurden beispielsweise der Abbau des Rechtsschutzes für Betroffene, das Fehlen verbindlicher Angaben zur Höhe und zur Ausgestaltung der wirtschaftlichen Hilfe und die weiterhin bestehenden negativen Anreize für Gemeinden, möglichst wenig Sozialhilfebeziehende bei sich zu haben.

Stellungnahme zum «Schlussbericht des Amtes für Justizvollzug: Überprüfung der Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Kontakte für Untersuchungshäftlinge – Teilprojekt vom August 2018», eingereicht am 31. Dezember

Aufgrund des sehr strengen Haftregimes in Zürcher Untersuchungsgefängnissen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Kontakte für Untersuchungshäftlinge zu prüfen.

Zum daraus entstandenen Bericht äusserten sich die DJZ gemeinsam mit dem Verein Pikett Strafverteidigung und dem Zürcher Anwaltsverband. In ihrer Stellungnahme wurde beispielsweise kritisiert, dass das eigentlich zu begrüßende Zweiphasenmodell (1. Phase: striktes Regime; 2. Phase: milderes Regime) automatisch für alle Häftlinge gilt, obwohl es auch Häftlinge gibt, die direkt die Voraussetzungen für Phase 2 erfüllen. Weiter kritisiert wurde namentlich, dass es für Häftlinge keine Möglichkeit gibt, sich gegen eine Nicht-Versetzung in Phase 2 vor dem Zwangsmassnahmengericht zu wehren.

DJS-Stellungnahme zur StPO-Revision, eingereicht am 21. März

Auch bei dieser DJS-Stellungnahme wirkten einige DJZ-Mitglieder mit. Die Änderungen der geplanten Revision wurden dabei in ihrer Gesamtheit abgelehnt. Auch hier wurde die Entwicklung hin zu einem Präventionsstrafrecht, verbunden mit einem Ausbau des Massnahmenrechts, kritisiert. Weiter wurde beispielsweise gefordert, das Strafbefehlsverfahren abzuschaffen oder zumindest auf echte Bagatelldelinquenz zu limitieren.

DJS-Stellungnahme zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT), eingereicht am 28. März

Im März 2018 reichten die DJS eine Stellungnahme gegen das PMT ein, bei welcher sich auch ein Mitglied der DJZ beteiligte. Kritisiert wurde darin der Paradigmenwechsel in der Verbrechensbekämpfung, der in Konflikt mit diversen Grundrechten steht und wichtige Prinzipien, die in einem Strafprozess Anwendung finden würden, ausser Acht lässt und damit eine Entwicklung hin zu einem eigentlich Präventionsstrafrecht begünstigt.

Sämtliche Stellungnahmen sind unter www.djz.ch einzusehen.

Finanzielle Unterstützung

Anfechtung Observationsverordnung

Die DJZ beteiligten sich mit CHF 2'000.— an der oben erwähnten Anfechtung der Observationsverordnung der Stadt Zürich im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle. Die Anfechtung hatte insofern Erfolg, als der Bezirksrat die Verordnung am 14. Dezember aufgrund einer fehlenden kantonalen Gesetzesgrundlage aufhob. Inzwischen hat der Stadtrat entschieden, dass es für die vorgesehene Form der Observation ein kantonales Gesetz braucht.

Demo «Zwischen uns keine Grenzen»

Die Demo «Zwischen uns keine Grenzen», welche am 16. Juni in Bern stattfand, unterstützten die DJZ mit CHF 250.—. Die Demo fordert beispielsweise einen Stopp von Ausgrenzungen, erzwungenen Rückschaffungen und der Kriminalisierung von Solidarität und stand ein für eine Legalisierung von Sans-Papiers, für Bewegungsfreiheit und für eine offene und bevölkerungsnahe Unterbringung.

SEEBRÜCKE-Demo

Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft. Diese solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und erwartet von der europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind.

Am 1. September fand eine Demo dieser Bewegung in Zürich statt, welche die DJZ mit CHF 200.— unterstützten.

Vernetzung/Kooperation

Kritische Jurist*innen

Die DJZ arbeiten nach wie vor mit den Kritischen Jurist*innen – einer Gruppe von linken Jus-Studierenden der Uni Zürich – zusammen. Mehr Infos zu den kritischen Jurist*innen findet ihr auf www.facebook.com/kriJurUZH.

Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz (DJS)

Im Jahr 2018 feierten die DJS ihr 40-jähriges Bestehen. In der Reitschule Bern fand dazu eine Kino-Veranstaltungsreihe statt und am 16. November wurde in Bern die Jubiläumspublikation, an welcher sich auch einige DJZ-Mitglieder mit Beiträgen beteiligten, offiziell vorgestellt.

Auch im Jahr 2018 fanden vier DJS-Sitzungen statt, an welchen sich jeweils ein Vertreter der DJZ beteiligte. Die diesjährige Delegiertenversammlung war im Neubad Luzern, auch hier waren einige DJZ-Mitglieder anwesend.

Jahresessen der obersten kantonalen Gerichte

Die DJZ werden vom Obergericht, vom Sozialversicherungsgericht und vom Verwaltungsgericht jeweils zu deren Jahresessen eingeladen. Auch im Jahr 2018 waren VertreterInnen der DJZ an diesen Essen anwesend.

Vernetzungstreffen Flucht und Integration

Am 30. September fand das erste Vernetzungstreffen Flucht und Integration statt, an welcher nebst den DJZ über 30 weitere Organisationen vertreten waren. Ziel des Treffens war es, einen möglichst bereiten Austausch verschiedenster Organisationen zu ermöglichen, die sich auf irgendeine Art und Weise im Bereich Flucht und Integration engagieren.

Zürich, im März 2019

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'R. Moos', with a stylized, cursive script.

Für den DJZ-Vorstand

Raphael Moos, Geschäftsführer